

CONSEIL D'ETAT, SECTION DU CONTENTIEUX ADMINISTRATIF

A R R E T

n° 229.778 du 9 janvier 2015

A. 209.649/Vbis-112

En cause : **RAUW Patrick**,
ayant élu domicile chez
Mes Etienne GREGOIRE et
Antoine GREGOIRE, avocats,
avenue Blonden 21
4000 Liège,

contre :

la Commune de Bullange,
ayant élu domicile chez
Mes Guido ZIANS et
Andrea HAAS, avocats,
Aachener Strasse 76
4780 Saint-Vith.

LE PRESIDENT DE LA CHAMBRE Vbis,

Vu la requête introduite le 30 juillet 2013 par Patrick RAUW qui demande l'annulation de la décision du collège communal de Bullange du 21 mai 2013 retirant ses délibérations du 26 mars 2013 relative à "l'appel d'offres pour la vente d'herbe sur pied 2013" (traduction) et du 9 avril 2013 relative à "l'attribution d'herbe sur pied 2013 aux plus offrants" (traduction);

Vu les mémoires en réponse et en réplique régulièrement échangés;

Vu le rapport de M. WIMMER, premier auditeur au Conseil d'Etat, établi sur la base de l'article 12 du règlement général de procédure;

Vu la notification du rapport aux parties et les derniers mémoires;

Vu l'ordonnance du 18 septembre 2014, notifiée aux parties, fixant l'affaire à l'audience du 17 novembre 2014 à 14.30 heures;

Vu l'ordonnance du 18 septembre 2014 qui ordonne l'examen de l'affaire par une chambre composée d'un conseiller unique;

Entendu, en son rapport, M. HANOTIAU, président de chambre;

Entendu, en leurs observations, Me Denis BARTH, loco Mes E. GREGOIRE et A. GREGOIRE, avocat, comparaissant pour la partie requérante, et Me Guido ZIANS, avocat, comparaissant pour la partie adverse;

Entendu, en son avis contraire, M. WIMMER, premier auditeur;

Vu le titre VI, chapitre II, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant que les éléments de la cause se présentent comme suit :

1. Le 26 mars 2013, la partie adverse envoie à son service Urbanisme, Environnement et Patrimoine une communication de service libellée comme suit :

" [...]

6. (285/2013) Das Kollegium hat den Vorschlag der Liste des Verkaufs des diesjährigen Grasaufwuchses zur Kenntnis genommen und für gut befunden. Diese Liste ist an alle Landwirte der Gemeinde zu versenden. Interessierte Landwirte können ihr Angebot bis zum 08.04.2013, um 12.00 Uhr, einreichen.

[...]"

2. Le 29 mars 2013, la partie adverse publie l'avis suivant :

" Hiermit bringt das Gemeindegremium den Landwirten der GEMEINDE BÜLLINGEN zur allgemeinen Kenntnis, dass der GRASAUFWUCHS 2013 nachstehender Gemeindeparzellen auf Submissionswege zum Verkauf angeboten wird:

ALTGEMEINDE BÜLLINGEN

1) BÜLLINGEN:

- Los 1: 225,00 Ar große Parzelle gelegen «An der Schwarzenbach», Gemarkung 1, Flur E, Nr. 19a² (tlw.): früherer Anpächter [...].
- Los 2: 250,00 Ar große Parzelle gelegen «An der Schwarzenbach», Gemarkung 1, Flur E, Nr. 19a² (tlw.): früherer Anpächter [...].
- Los 3: 226,96 Ar große Parzelle gelegen «An der Osterbach», Gemarkung 1, Flur E, Nr. 79r², 79s² und 79t²: früherer Anpächter [...].
- Los 4: 200,00 Ar große Parzelle gelegen «Am Hohen Berg», Gemarkung 1, Flur B, Nr. 43c² (tlw.): früherer Anpächter [...].
- Los 5: 250,00 Ar große Parzelle gelegen «Am Hohen Berg», Gemarkung 1, Flur B, Nr. 43c² (tlw.): früherer Anpächter [...].
- Los 6: 125,00 Ar große Parzelle gelegen «Schwarzenbüschel», Gemarkung 1, Flur D, Nr. 54n (tlw.): früherer Anpächter [...].

[...]

ALTGEMEINDE ROCHERATH

[...]

ALTGEMEINDE MANDERFELD

[...]

Angebote sind schriftlich an das Gemeindegremium unter Einhaltung nachstehender Bedingungen zu richten:

- doppelte, geschlossene Umschläge;
- der äußere Umschlag muss mit der Aufschrift «Grasaufwuchs 2013» versehen sein (ebenfalls die Adresse angeben)!
- auf den Angeboten muss die jeweilige ALTGEMEINDE, sowie das gewünschte Los vermerkt werden;
- diese Angebote müssen bis spätestens den 08.04.2013, um 12 Uhr bei der Gemeindeverwaltung (im Büro des Vermögensdienstes!) eingetroffen sein.

Der Steigpreis ist innerhalb von 14 Tagen nach erfolgter Zuschlagserteilung an die Gemeinde zu zahlen".

3. Le 9 avril 2013, la partie adverse prend la décision suivante :

" Punkt 38. Grasaufwuchs 2013: Erster öffentlicher Verkauf (D.K.Nr. 573.23)

DAS KOLLEGIUM,

Auf Grund des Beschlusses des Gemeinderates vom 16.06.1978 über die Festlegung der allgemeinen Bedingungen für den Verkauf von Grasaufwuchs;

In Erwägung, dass die verschiedenen Lose pro Sektion veröffentlicht und vergeben werden;

Nach Durchsicht des diesbezüglichen Protokolls der Öffnung der Submissionen vom 09.04.2013;

Auf Grund des Artikels L1123-23 8° des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung;

BESCHLIESST einstimmig, die Ersteher der einzelnen Lose des Grasaufwuchses 2013 wie folgt zu bezeichnen:

Los Nr.	Name und Adresse des Ansteigers	Ansteigpreis
Büllingen		
1	Patrick RAUW, Honsfeld 23d, 4760 BÜLLINGEN	1.450,00 €
2	Patrick RAUW, Honsfeld 23d, 4760 BÜLLINGEN	1.600,00 €
3	Patrick RAUW, Honsfeld 23d, 4760 BÜLLINGEN	1.460,00 €
4	Patrick RAUW, Honsfeld 23d, 4760 BÜLLINGEN	1.300,00 €
5	Patrick RAUW, Honsfeld 23d, 4760 BÜLLINGEN	1.650,00 €
6	Patrick RAUW, Honsfeld 23d, 4760 BÜLLINGEN	650,00 €
[...]		

".

Le 15 avril 2013, la partie adverse notifie au requérant qu'elle lui a attribué les lots 1 à 6.

Ce courrier est accompagné d'un contrat de vente d'herbe sur pied pour l'année 2013, dont la teneur suit :

" Zwischen den Unterzeichneten Herrn Willy HEINZIUS, stellv. Bürgermeister und Herrn Raymund ROTH, Gemeindesekretär, Vertreter der Gemeinde BÜLLINGEN, Eigentümerin der Parzellen, handelnd auf Grund eines Beschlusses des Gemeindegremiums vom 09. April 2013 und auf Grund von Artikel L2113-2, § 3 des Kodex der Lokalen Demokratie und Dezentralisierung, Verkäufer,

und

Herrn Patrick RAUW, wohnhaft in Honsfeld 23d, 4760 BÜLLINGEN, Ankäufer,

wird der Verkauf des Grasaufwuchs 2013 nachstehender Lose auf Grund des schriftlichen Angebots des Ankäufers im Rahmen des von der Gemeinde BÜLLINGEN durchgeführten öffentlichen Aufrufs unter nachstehenden Bedingungen abgeschlossen:

Los Nr.	Gelegen in	Größe	Gebotener Preis
1	BÜLLINGEN, «An der Schwarzenbach»	225,00 Ar	1.450,00 €
2	BÜLLINGEN, «An der Schwarzenbach»	250,00 Ar	1.600,00 €
3	BÜLLINGEN, «An der Osterbach»	226,96 Ar	1.460,00 €
4	BÜLLINGEN, «Am Hohen Berg»	200,00 Ar	1.300,00 €
5	BÜLLINGEN, «Am Hohen Berg»	250,00 Ar	1.650,00 €
6	BÜLLINGEN, «Schwarzenbüschel»	125,00 Ar	650,00 €

Der Verkauf der Lose 4 und 5 unterliegt den Kriterien der «späten Mahd», d.h. es darf u.a. erst ab dem 15. Juni gemäht werden und es muss ein Fluchtbereich bestehen bleiben.

Der gegenwärtige Verkauf des Grasaufwuchs beinhaltet ausschließlich die diesjährigen Grasernten auf vorerwähnten Losen, die zwischen dem 15. April 2013 und dem 30. November 2013 erfolgen (Anfangs- und Enddatum der Ernterechte). Er gibt keinerlei Anrecht auf ein landwirtschaftliches Pachtrecht.

Der Gesamtverkaufspreis für diesen Grasaufwuchs beträgt 8.110,00 Euro.

Die vorerwähnten Lose müssen in dem Zustand verlassen werden, in dem sie vorgefunden wurden.

Die Dauer der Benutzung der vorerwähnten Lose kann in keinem Fall verlängert werden. Außerdem kann sich dieser Vertrag nicht stillschweigend erneuern.

Der vorliegende Vertrag tritt erst in Kraft, nachdem die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- Rückgabe eines unterschriebenen Exemplars des gegenwärtigen Vertrages an die Gemeindeverwaltung;
- Der Betrag in Höhe von 8.110,00 € muss bis zum 26.04.2013 auf das Gemeindegeldkonto [...] überwiesen werden, oder bar im Finanzdienst der Gemeindeverwaltung eingezahlt worden sein.

Erst nachdem die vorerwähnten Bedingungen erfüllt worden sind, darf das Gelände betreten und befahren werden.

Getätigt in zwei originalen Exemplaren in Büllingen am 15.04.2013".

Elle ajoute dans son courrier :

" [...]

Dürfen wir Sie nun höflichst bitten, ein Exemplar des in doppelter Ausführung beiliegenden Dokumentes schnellstmöglich an die Gemeindeverwaltung (Urbanismusdienst) zurückzusenden. Erst nach Rückerhalt dieses von Ihnen unterschriebenen Dokuments bei der Gemeindeverwaltung und nach Einzahlung des Steigpreises in Höhe von 8.110,00 € bis zum 26.04.2013 auf das Gemeindekonto [...] (oder Bareinzahlung im Finanzdienst der Gemeindeverwaltung) gilt der Zuschlag als offiziell erteilt. Vorher darf das Gelände weder betreten, noch befahren werden [...]"

4. Le 29 avril 2013, la partie adverse informe le requérant de ce qui suit :

" Durch unser Schreiben vom 15.04.2013 teilten wir Ihnen mit, dass Sie den Zuschlag für den Grasaufwuchs der Lose 1 - 6 (Altgemeinde BÜLLINGEN) des diesjährigen Verkaufs des Grasaufwuchses unter Einhaltung von zwei Bedingungen erhalten würden.

Diesem Schreiben waren ebenfalls zwei Exemplare eines «Vertrages über den Verkauf des Grasaufwuchs für das Jahr 2013» beigelegt. Die Rückgabe eines unterschriebenen Exemplars des vorerwähnten Vertrages bis zum 26.04.2013 an die Gemeindeverwaltung war eine der zu erfüllenden Bedingungen, ehe das Gelände betreten und befahren werden durfte (N.B.: die zweite zu erfüllende Bedingung bestand aus der Bezahlung des Steigpreises an die Gemeinde bis zum 26.04.2013).

Da wir erstens bis zum 26.04.2013 kein unterschriebenes Exemplar des o.e. Vertrages von Ihnen zurückerhalten hatten, und da Sie zweitens am 26.04.2013 im Vermögensdienst der Gemeinde BÜLLINGEN mündlich geäußert hatten, dass Sie diesen Vertrag nicht unterzeichnen werden und diesen auch nicht an die Gemeinde zurückgeben werden, gilt unser o.a. Schreiben vom 15.04.2013 als gegenstandslos, d.h. der Zuschlag für den Grasaufwuchs 2013 der Lose 1 - 6 (Altgemeinde BÜLLINGEN) wird Ihnen nicht erteilt werden.

Es versteht sich von selbst, dass keinerlei Arbeiten und Düngemaßnahmen gestattet sind, und Sie bzw. Ihre Mitarbeiter keinerlei Zugang zu diesen Parzellen haben.

Der von Ihnen bereits bei der Gemeinde gezahlte Steigpreis in Höhe von 8.110,00 € wurde Ihnen bereits zurück überwiesen".

5. Dans un courrier du 2 mai 2013, le conseil du requérant conteste le fait que l'attribution d'herbe sur pied 2013 pour les lots 1 - 6 (ancienne commune de BULLANGE) soit devenue sans objet, et il ajoute :

" [...]

3) Nachdem ich seitens meines Mandaten die verschiedenen Unterlagen zu dem nun strittigen Vorgang erhalten habe, muss ich feststellen, dass die Gemeinde Büllingen in Wirklichkeit keinen Verkauf von Grasaufwuchs vorgenommen hat, sondern Pachtverhältnisse abgeschlossen hat.

Die Landpachtgesetzgebung untersagt es, zu versuchen diese Gesetzgebung zu umgehen durch andere Vertragsbezeichnungen als Pachtverträge.

Die nachträgliche Forderung der Gemeinde Büllingen zur Unterzeichnung eines als Grasaufwuchs bezeichneten Vertrages ist auch aus diesem Grunde unzulässig.

Meine Mandantschaft hat den vereinbarten Preis überwiesen und damit die Verpflichtungen des Pachtverhältnisses eingehalten. Wenn die Gemeinde Büllingen Beträge zurücküberweist, geschieht dies unter eigener Verantwortung, jedoch ohne jegliche nachteilige Anerkennung seitens meines Mandanten.

Des Weiteren steht es gemäß Landpachtgesetz dem Pächter zu, frei über die Art der Bewirtschaftung und folglich die durchzuführenden Arbeiten zu entscheiden und dementsprechend auch Düngemaßnahmen durchzuführen entgegen dem Versuch durch Ihr Schreiben vom 29.04.2013 Arbeiten und Zugang zu verbieten.

[...]".

6. En sa séance du 21 mai 2013, la partie adverse décide :

- " Grasaufwuchs 2013: Erster öffentlicher Verkauf: Rücknahme seiner Beschlüsse vom 26.03.2013 über die Durchführung der Preisanfrage und vom 09.04.2013 über die Zuschlagserteilung (D.K.Nr. 506.36.573.23)

Auf Grund der Artikel L1122-19 und L1123-22 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung hat sich Herr F. Wirtz, interessierter Bürgermeister, während der Beratschlagung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt zurückgezogen.

DAS KOLLEGIUM

Auf Grund seines Beschlusses vom 26.03.2013 über die Durchführung einer Preisanfrage zum Verkauf des Grasaufwuchses 2013 der Gemeinde BÜLLINGEN;

Auf Grund seines Beschlusses vom 09.04.2013 über den Verkauf des Grasaufwuchses 2013 der Gemeinde BÜLLINGEN an die Meistbietenden und in Erwägung, dass 22 Lose für insgesamt 19.818,60 € veräußert wurden;

In Erwägung, dass beide Beschlüsse aus nachstehenden Gründen zurückgezogen werden müssen:

- Mit einem Schreiben von Rechtsanwalt VEIDERS vom 02.05.2013 wurde im Auftrag der Herren Marcel ANDRES und Patrick RAUW die Rechtmäßigkeit der bisherigen Handhabung in Sachen Grasaufwuchsverkauf in Frage gestellt und behauptet, dass die Landpachtgesetzgebung anwendbar sei;
- Das Gemeindegremium hat inzwischen diese Argumentation in rechtlicher Hinsicht geprüft und festgestellt, dass die bislang unbestrittene Vorgehensweise möglicherweise nicht mit der zwingenden Landpachtgesetzgebung in Einklang zu bringen ist, da auch der Verkauf von Grasaufwuchs in den Anwendungsbereich dieser Gesetzgebung fallen könnte;
- Falls die Landpachtgesetzgebung jedoch auf den Verkauf von Grasaufwuchs anzuwenden ist, so gilt dies auch für die Art und Weise, wie die Gemeindeverwaltung die entsprechenden Güter zuteilen muss. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die Gemeinde auch Artikel 18 des Landpachtgesetzes vom 04.11.1969 zu beachten gehabt hätte. Es muss festgestellt werden, dass die Gemeinde die in diesem Artikel vorgesehene Prozedur nicht befolgt hat. Aus dieser gesetzlichen Bestimmung ergibt sich, dass bei Missachtung der dort festgelegten Prozedur (Lastenheft, Angebotsöffnung in einer öffentlichen Sitzung, Pachtpreisbeschränkungen, Zuschlagskriterien, ...) eine Nichtigkeit vorliegt;
- Unter den gegebenen Voraussetzungen bleibt der Gemeindeverwaltung keine andere Wahl, als die Nichtigkeit der bisherigen Prozedur festzustellen;

Um die Rechtmäßigkeit wieder herzustellen und die nunmehr entstandene Rechtsunsicherheit zu vermeiden, ist es erforderlich, die vorherigen Entscheidungen des Gemeindekollegiums hiermit zurückzuziehen;

In Erwägung, dass durch gegenwärtigen Beschluss der Verkauf des Grasaufwuchses 2013 als nichtig erklärt wird und es daher nur folgerichtig ist, dass das bereits bei der Gemeinde eingezahlte Steiggeld wieder an die jeweiligen Zuschlagnehmer zurückerstattet wird;

Auf Grund des Artikels L1123-23 8° des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung;

BESCHLIESST einstimmig:

Artikel 1. Seinen Beschluss vom 26.03.2013 über die Durchführung einer Preisanfrage zum Verkauf des Grasaufwuchses 2013 der Gemeinde BÜLLINGEN voll und ganz zurückzuziehen;

Artikel 2. Seinen Beschluss vom 09.04.2013 über den Zuschlag des Grasaufwuchses 2013 der Gemeinde BÜLLINGEN an die Meistbietenden voll und ganz zurückzuziehen;

Artikel 3. Alle Zuschlagnehmer, bzw. deren Anwälte per Einschreiben über gegenwärtige Entscheidung in Kenntnis zu setzen;

Artikel 4. Allen Zuschlagnehmern, die bereits das Steiggeld für das Jahr 2013 bei der Gemeinde eingezahlt haben, wird dieses Steiggeld wieder zurückerstattet;

[...]"

Il s'agit de la décision attaquée.

Le 3 juin 2013, la partie adverse notifie la décision attaquée au conseil du requérant;

Considérant que l'article 591 du Code judiciaire est rédigé comme suit :

- " Le juge de paix connaît, quel que soit le montant de la demande :
- 1° des contestations relatives aux louages d'immeubles et des demandes connexes qui naîtraient de la location d'un fonds de commerce; des demandes en paiement d'indemnités d'occupation et en expulsion de lieux occupés sans droit, qu'elles soient ou non la suite d'une convention; de toutes contestations relatives à l'exercice du droit de préemption reconnu aux preneurs de biens ruraux;
- [...]"

Considérant que la requête en annulation a pour objet non la qualification d'une convention ou l'exécution de celle-ci, mais une décision unilatérale de retrait de précédentes décisions prises par le collège communal; que l'objet véritable du recours devant le Conseil d'Etat est donc différent de celui qui fait l'objet du litige entre la commune de Bullange et le requérant et relatif à

l'exécution de la convention avenue entre eux, litige actuellement pendant devant le juge de paix de Saint-Vith;

Considérant que le requérant prend un premier moyen de la violation des conditions relatives au retrait d'une décision administrative; qu'il rappelle les deux conditions cumulatives requises pour qu'une autorité puisse retirer un acte individuel créateur de droits, à savoir d'une part que la décision retirée soit irrégulière et d'autre part que la décision de retrait intervienne dans le délai de recours en annulation devant le Conseil d'Etat ou, si un tel recours est introduit, avant la clôture des débats;

Considérant que la requérante conteste que la première condition soit remplie; qu'à son estime, les décisions d'appel d'offre du 26 mars 2013 et d'attribution des lots aux plus offrants du 9 avril 2013 sont régulières;

Considérant que la partie adverse répond que la première condition est établie, que les deux décisions retirées étaient irrégulières dès lors que la vente d'herbe sur pied tombe dans le champ d'application de la loi sur le bail à ferme, ce que d'ailleurs le requérant soutenait dans sa lettre du 2 mai 2013 à la commune;

Considérant que la décision de retrait est motivée comme suit :

" [...]

- Mit einem Schreiben von Rechtsanwalt VEIDERS vom 02.05.2013 wurde im Auftrag der Herren Marcel ANDRES und Patrick RAUW die Rechtmäßigkeit der bisherigen Handhabung in Sachen Grasaufwuchsverkauf in Frage gestellt und behauptet, dass die Landpachtgesetzgebung anwendbar sei;
- Das Gemeindegremium hat inzwischen diese Argumentation in rechtlicher Hinsicht geprüft und festgestellt, dass die bislang unbestrittene Vorgehensweise möglicherweise nicht mit der zwingenden Landpachtgesetzgebung in Einklang zu bringen ist, da auch der Verkauf von Grasaufwuchs in den Anwendungsbereich dieser Gesetzgebung fallen könnte;
- Falls die Landpachtgesetzgebung jedoch auf den Verkauf von Grasaufwuchs anzuwenden ist, so gilt dies auch für die Art und Weise, wie die Gemeindeverwaltung die entsprechenden Güter zuteilen muss. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die Gemeinde auch Artikel 18 des Landpachtgesetzes vom 04.11.1969 zu beachten gehabt hätte. Es muss festgestellt werden, dass die Gemeinde die in diesem Artikel vorgesehene Prozedur nicht befolgt hat. Aus dieser gesetzlichen Bestimmung ergibt sich, dass bei Missachtung der dort festgelegten Prozedur (Lastenheft, Angebotsöffnung in einer öffentlichen Sitzung, Pachtpreisbeschränkungen, Zuschlagskriterien, ...) eine Nichtigkeit vorliegt;
- Unter den gegebenen Voraussetzungen bleibt der Gemeindeverwaltung keine andere Wahl, als die Nichtigkeit der bisherigen Prozedur festzustellen;

Um die Rechtmäßigkeit wieder herzustellen und die nunmehr entstandene Rechtsunsicherheit zu vermeiden, ist es erforderlich, die vorherigen Entscheidungen des Gemeindegremiums hiermit zurückzuziehen;
[...]"

Considérant que pour pouvoir retirer une précédente décision individuelle créatrice de droits, l'autorité doit justifier, dans sa décision de retrait, l'irrégularité de la décision retirée; que cette justification ne peut pas seulement s'appuyer sur une discussion juridique selon laquelle la décision retirée "pourrait" être irrégulière ("möglicherweise") parce qu'elle ne se conformerait pas à la législation sur le bail à ferme du fait que la vente d'herbe sur pied "pourrait" tomber dans le champ d'application de ladite législation et que, dans l'hypothèse où cette législation s'appliquerait à une telle vente, l'autorité communale "aurait dû" respecter l'article 18 de la loi sur le bail à ferme;

Considérant que la partie adverse n'établit pas l'irrégularité des deux décisions retirées; qu'elle en évoque la possibilité et les conséquences d'une telle éventualité pour en conclure qu'en vue d'assurer la sécurité juridique, il convient de retirer lesdites décisions;

Considérant qu'à défaut de l'établissement de l'irrégularité des décisions du 26 mars 2013 et du 9 avril 2013 en termes impératifs au lieu d'expressions exprimées au conditionnel, la partie adverse exprime son incertitude quant à la situation juridique desdites décisions, qu'une telle attitude ne satisfait pas à la première condition relative à la constatation de l'irrégularité des deux décisions retirées; qu'au surplus, opéré d'une telle façon, le retrait desdites décisions n'est pas de nature à assurer la sécurité juridique; que le moyen est fondé;

Considérant qu'il n'y a pas lieu d'examiner le second moyen pris de la violation de l'article 1134 du Code civil,

D E C I D E :

Article 1^{er}.

Est annulée la décision du collège communal de Bullange du 21 mai 2013 retirant ses délibérations du 26 mars 2013 relative à "l'appel d'offres pour la vente d'herbe sur pied 2013" et du 9 avril 2013 relative à "l'attribution d'herbe sur pied 2013 aux plus offrants".

Article 2.

Les dépens, liquidés à la somme de 175 euros, sont mis à la charge de la partie adverse.

Ainsi prononcé à Bruxelles, en audience publique de la chambre Vbis, le neuf janvier deux mille quinze par :

M. HANOTIAU, président de chambre,
M^{me} WIAME, greffier.

Le Greffier,

Le Président,

V. WIAME.

M. HANOTIAU.